Niederschrift

über die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2014-2020) am 06.12.2018 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ausschussmitglieder

Berheide, Werner	-als Vertreter für Am. Pries-
Sökeland, Dieter	-zu Pkt. 12.2 ztw.-
Völler, Wolf-Rüdiger	
Westhoff, Alfons	
Holz, Peter	
Brinkemper, Ralf	
Franke, Michael	
Westbrink, Norbert	-als Vertreter für Am. Schumacher, zu Pkt 3 ztw., ab Pkt. 4-

es fehlen:

Arenhövel, Martin
Heseker, Ludwig

das Mitglied mit beratender Stimme

Philipper, Johannes

von der Firma FORPLAN GmbH, Bonn

Mertens, Stefan

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Holtkämper, Guido
Helfers, Helmut
Middendorf, Thomas
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

Entfällt.

2. **Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen**

Entfällt.

3. **2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes**

Unter Hinweis auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.04.2016 -Pkt. 15 d. N.- teilt der Bürgermeister mit, dass die 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Sassenberg durch die Firma FORPLAN GmbH, Bonn, erstellt worden sei, und zwar in Abstimmung mit der Freiwilligen Feuerwehr. Der Plan finde das Einvernehmen der Leitung der Feuerwehr.

Der Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes vom 06.12.2018 wird sodann von Herrn Mertens von der Firma FORPLAN GmbH, Bonn, vorgestellt. Hierbei greift Herr Mertens die wesentlichen Feststellungen aus dem Planentwurf auf.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die von der Firma FORPLAN GmbH, Bonn, aufgestellte 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes vom 06.12.2018 wird beschlossen.“

4. **Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2019**

Anhand der Vorlage vom 30.11.2018 geht Bürgermeister Uphoff auf den Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2019 ein. Von ihm wird die bisherige Festsetzung der Realsteuern in der Stadt Sassenberg und der fiktiven Hebesätze in den jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzen aufgezeigt. Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 sähe eine Anhebung der fiktiven Hebesätze wie folgt vor:

Grundsteuer A: 223 v. H.
Grundsteuer B: 443 v. H.
Gewerbsteuer: 418 v. H.

Für das Haushaltsjahr 2019 werde vorgeschlagen, den örtlichen Hebesatz für die Gewerbesteuer von 417 v. H. auf 418 v. H. auf den neuen fiktiven Hebesatz anzuheben. Für die Grundsteuern könnten die aktuell geltenden örtlichen Hebesätze beibehalten werden, da diese oberhalb auch der vorgesehenen fiktiven Hebesätze im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 liegen.

Zum Erlass einer Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2019 bzw. insbesondere zur Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer äußern sich sodann einzelne Ausschussmitglieder. Am. Philipper ist der Ansicht, die Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer nicht vorzunehmen bzw. diese auszusetzen, da sie nicht zur finanziellen Situation der Stadt Sassenberg besonders bezogen auf das voraussichtliche Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 passe. Ferner wird von ihm eine Entlastung der Gewerbetreibenden und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe erwähnt. Der Festsetzung der Steuersätze für die Gemeindesteuern und vor allem der Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer stimmen weiter Am. Westhoff, Am. Holz, Am. Franke und Am. Völler zu.

Nach Bekanntgabe des Beschlussvorschlages der Verwaltung und erneuter Bekanntgabe der vorgesehenen Realsteuerhebesätze unterbreitet der

Ausschuss dem Rat einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Satzung der Stadt Sassenberg über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2019 wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Niederschrift beschlossen.“

5. **Satzung zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sassenberg**
- Zusatzbezeichnung für den Stadtteil Füchtorf "Das Spargeldorf"
- Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung vom Ortsrecht

Anhand der Vorlage vom 22.11.2018 geht die Verwaltung auf verschiedene erforderliche Änderungen der Hauptsatzung der Stadt Sassenberg ein. Hierbei wird vor allem die Änderung der Ortseingangstafeln Füchtorf mit dem Zusatz „Das Spargeldorf“ und die Änderung der Regelungen zu öffentlichen Bekanntmachungen aufgegriffen, aber auch einzelne redaktionelle Änderungen z. B. bezogen auf den Bereich „Gleichstellung“.

Hinsichtlich der Änderung der Ortseingangstafeln Füchtorf spricht die Verwaltung weiter die Beratungen in der Sitzung des Rates am 30.08.2018 -Pkt. 5 d. N.- und des Ortsausschusses Füchtorf am 17.09.2018 -Pkt. 2 d. N.- sowie eingehende Erörterungen der Rechtslage mit dem Straßenverkehrsamt und der Kommunalaufsicht des Kreises Warendorf an. Weiter wird die Änderung der Bekanntmachungen auf Grund von Feststellungen im Genehmigungsverfahren nach dem Baugesetzbuch angesprochen. Zur Vermeidung weiterer Unsicherheiten sollten öffentliche Bekanntmachungen wieder durch Aushang in den Bekanntmachungskästen vollzogen werden, wobei wieder gleichzeitig im Rahmen der Internetpräsentation der Stadt Sassenberg auf die Bekanntmachung hingewiesen werden soll.

Zur Änderung der öffentlichen Bekanntmachungen äußern sich weiter Am. Westhoff und Am. Holz kritisch.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Satzung zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sassenberg wird gemäß der Anlage 2 zu dieser Niederschrift beschlossen.“

6. **Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW in der Stadt Sassenberg**

Anhand der Vorlage vom 21.11.2018 geht die Verwaltung ausführlich auf die bisherigen Regelungen zur Umlage des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer und die nunmehr auf Grund einer Gesetzesänderung erforderliche Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gem. § 64 Landeswassergesetz ein. Hierbei spricht die Verwaltung einzelne Regelungen in der neuen Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung sowie die Kalkulation der Gewässerunterhaltungsgebühren vom 21.11.2018 an.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Kalkulation der Gewässerunterhaltungsgebühren gemäß § 64 LWG NRW vom 21.11.2018 wird gemäß der Anlage 3 beschlossen. Die Satzung zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW in der Stadt Sassenberg wird gemäß der Anlage 4 beschlossen.“

7. **Aufhebung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 17.02.1986**

Anhand der Vorlage vom 23.11.2018 spricht die Verwaltung die Aufhebung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 17.02.1986 an. Diese Dauerverordnung der Stadt Sassenberg verliere mit der Novellierung des neuen Ladenöffnungsgesetzes mit Ablauf des 31.12.2018 ihre Gültigkeit und sei daher aufzuheben. Weiter spricht die Verwaltung den Erlass einer neuen Rechtsverordnung zur Freigabe der verkaufsoffenen Sonntage an. Das entsprechende Verfahren bzw. die Anhörung der zuständigen Stellen sei zwischenzeitlich eingeleitet worden. In diesem Zusammenhang spricht Am. Philipper die Realisierung des Schachblumenmarktes an. Hierzu verweist der Bürgermeister auf die laufenden Gespräche.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 17.02.1986 wird gem. der Anlage 5 zu dieser Niederschrift beschlossen.“

8. **Bereitstellung eines Parkplatzes für ein Carsharing-Fahrzeug**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.11.2018

Die Verwaltung geht anhand der Vorlage vom 28.11.2018 auf den Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 13.11.2018 ein, mit dem diese Fraktion u. a. den Antrag gestellt habe, dass der Firma Teilautos, Das regionale Carsharing, Beckum, ein Parkplatz zur Verfügung gestellt wird. Für die Verwaltung stellt sich die Installation eines Carsharing-Angebotes als eine sinnvolle Ergänzung der schon vorhandenen Mobilitätsangebote dar. Der seitens der GRÜNE-Fraktion vorgeschlagene Standort auf dem Parkplatz am Rathaus werde auch als besonders geeignet angesehen. Allerdings sollte hier keine Begrenzung auf den konkreten Anbieter erfolgen. Soweit andere Anbieter an die Stadt herantreten, müsste über die Zurverfügungstellung eines Parkplatzes bzw. von Parkplätzen erneut beraten und Beschluss gefasst werden.

Zur Installation eines Carsharing-Angebotes und zur Verfügungstellung eines Parkplatzes äußern sich sodann verschiedene Ausschussmitglieder. Hierbei kann überwiegend eine positive Resonanz festgestellt werden. Von Am. Holz wird vorgeschlagen, nach zwei Jahren die Resonanz des Carsharing-Angebotes zu überprüfen.

Einstimmiger Beschluss:

„In Sassenberg wird ein Carsharing-Angebot installiert. Die Stadt Sassenberg unterstützt das Angebot durch die Zurverfügungstellung eines Parkplatzes für ein Carsharing-Fahrzeug auf dem Parkplatz am Rathaus, Schürenstraße 17, 48336 Sassenberg, der entsprechend zu beschildern ist. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit dem Carsharing-Anbieter zu treffen.“

9. **Nutzung von Carsharing-Fahrzeugen durch Mitarbeiter/Innen der Stadt Sassenberg**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.11.2018

Die Verwaltung spricht in Zusammenhang mit dem Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 13.11.2018 die Nutzung des Carsharing-Fahrzeuges für Dienstfahrten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Sassenberg gemäß Vorlage vom

22.11.2018 an. Hierbei wird auf die Vorlage vom 22.11.2018 verwiesen.

Nachdem Am. Brinkemper eine Auswertung der Nutzung nach einem Jahr anspricht, beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Unter der Voraussetzung, dass ein Carsharing-Fahrzeug auf dem Parkplatz des Rathauses abgestellt wird, ist mit der Fa. Teilautos – Das regionale Carsharing, Bergstr. 12, 59269 Beckum, zu den aus der Anlage 6 ersichtlichen Bedingungen ein Vertrag über die Nutzung des Carsharing-Fahrzeuges für Dienstfahrten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Sassenberg abzuschließen. Das Carsharing-Fahrzeug soll von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben dem vorhandenen Dienstfahrzeug vorrangig für Dienstfahrten genutzt werden.“

10. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

11. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Anfragen liegen nicht vor.